

Info „Übergänge im Jugendalter“

Frank Braun / Ulrike Richter

Verbesserung der Ausbildungssituation von bildungsbenachteiligten Jugendlichen.

Der 14. Kinder- und Jugendbericht, Nationaler Bildungsbericht 2012 und der Berufsbildungsbericht 2012 sehen im demografisch bedingten Rückgang der Zahl der Ausbildungsplatzbewerber/innen die Chance, die Ausbildungssituation bildungsbenachteiligter Jugendlicher zu verbessern. Das allerdings ist kein Selbstläufer. Wo Probleme liegen und wo Handlungsbedarfe und Handlungsmöglichkeiten bestehen, wird hier auf Basis von Daten und Aussagen der drei Berichte skizziert.

1. 14. Kinder- und Jugendbericht, Nationaler Bildungsbericht 2012 und Berufsbildungsbericht 2012 als Basis für Analysen und Empfehlungen

Am 30. Januar 2013 hat das Bundeskabinett seine Stellungnahme zum 14. Kinder- und Jugendbericht „über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland“ beschlossen. In einem Kapitel „Junges Erwachsenenalter: Von der Pflicht zur Option“ behandelt der Bericht die Wege Jugendlicher in und durch die berufliche Ausbildung vor dem Hintergrund eines demografisch bedingten Rückgangs der Neuzugänge ins Ausbildungssystem und mit Fokus auf die Situation bildungsbenachteiligter Jugendlicher (14. Kinder- und Jugendbericht 2013: 190-203).

Der 14. Kinder- und Jugendbericht folgt dabei der im ersten Nationalen Bildungsbericht 2006 („Bildung in Deutschland 2006“) vorgenommenen Unterscheidung von drei Teilsystemen des Berufsausbildungssystems:

1. „das duale System, d.h. die Ausbildung für einen anerkannten Ausbildungsberuf nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) oder der Handwerksordnung (HwO) (betriebliche Ausbildung mit begleitendem Berufsschulunterricht);
2. das Schulberufssystem, d.h. die Ausbildung für einen gesetzlich anerkannten Ausbildungsberuf in vollzeitschulischer Form in Verantwortung des Schulträgers;
3. das berufliche Übergangssystem, d.h. (Aus-) Bildungsangebote, die unterhalb

einer qualifizierten Berufsausbildung liegen bzw. zu keinem anerkannten Ausbildungsabschluss führen, sondern auf eine Verbesserung der individuellen Kompetenzen von Jugendlichen zur Aufnahme einer Ausbildung oder Beschäftigung zielen und zum Teil das Nachholen eines allgemein bildenden Schulabschlusses ermöglichen“ (Konsortium Bildungsberichterstattung 2006: 79).

Lt. „Nationaler Bildungsbericht 2012“ entfielen im Jahr 2011 von den rd. eine Million Neuzugängen in das Berufsausbildungssystem annähernd 50% auf das *duale System*, knapp 20% auf das *Schulberufssystem* und knapp 30% auf das *Übergangssystem*. Dabei werden gegenüber dem Jahr 2005 Verschiebungen zwischen den drei Teilsystemen konstatiert – insbesondere ein Rückgang des Anteils der Einmündungen ins *Übergangssystem* –, die u.a. mit der „einsetzenden relativen Entspannung auf dem dualen Ausbildungsmarkt“ erklärt werden (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012: 102, Abbildung E1-1).

Der DJI-Forschungsschwerpunkt „Übergänge im Jugendalter“ hat im Januar 2013 eine **Toolbox kommunale Koordinierung im Übergang Schule – Beruf** ins Netz gestellt, um kommunalen Akteuren Arbeitsmittel bei der Wahrnehmung von Koordinationsaufgaben im Übergangssystem an die Hand zu geben. Die Toolbox wurde zum 1. Mai 2013 aktualisiert und erweitert: www.dji.de/cgi-bin/projekte/output.php?projekt=1155

Die drei genannten Berichte wagen keine expliziten Prognosen, ob und gegebenenfalls in welcher Weise durch das Vorrücken geburtschwacher Jahrgänge auf das Ausbildungsalter im Berufsausbildungssystem Bildungsbenachteiligungen abgebaut werden. Allerdings enthalten die drei Berichte Aussagen und Daten, die zeigen, wo bildungsbenachteiligte junge Menschen im Berufsausbildungssystem in der Entwicklung ihrer Potenziale behindert und in ihren Möglichkeiten der Teilhabe eingeschränkt werden. Auf dieser Basis formuliert der 14. Kinder- und Jugendbericht Empfehlungen, wie im Berufsausbildungssystem die berufliche Integration bildungsbenachteiligter junger Menschen verbessert werden kann.

Unser Papier folgt der in den Nationalen Bildungsberichten vorgenommenen Strukturierung des Berufsausbildungssystems in *duales System*, *Schulberufssystem* und *Übergangssystem*, das wir hier allerdings in Anlehnung an einen Vorschlag von Krüger (2004) *Chancenverbesserungssystem* nennen, um seine Leistungen im Hinblick auf diesen Anspruch, der Verbesserung von Bildungschancen zu diskutieren. Dabei nehmen wir einzelne der drei Teilsystemen zugerechneten Bildungsgänge in den Blick. Dahinter steht die Annahme, dass pauschale Aussagen über das *duale System*, das *Schulberufssystem* oder das *Chancenverbesserungssystem* wichtige Unterschiede zwischen deren einzelnen Bildungsgängen verdecken, und dass gerade aus diesen Unterschieden Chancen und Risiken für das Gelingen des Übergangs von Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen in das Arbeitsleben resultieren.

2. Duales System

Das *duale System* umfasst die im Berufsbildungsgesetz bzw. der Handwerksordnung geregelte betriebliche Ausbildung in rd. 350 anerkannten Ausbildungsberufen, die von Teilzeitschulunterricht an beruflichen Schulen begleitet wird. Ein Kennzeichen der dualen Ausbildung ist, „dass die Entscheidung, Ausbildungsplätze anzubieten, und die Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber, mit denen diese besetzt werden, allein bei den ausbildenden Betrieben liegt“

(14. Kinder- und Jugendbericht 2013: 190). Der Berufsbildungsbericht 2012 weist für das Berichtsjahr 2010/2011 einen leichten Anstieg der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge gegenüber dem Vorjahr (1,8%) aus. Ende September 2011 betrug die „klassische Angebots-Nachfrage-Relation“ 103,1. Auf 100 Bewerberinnen und Bewerber, vermittelt oder weiterhin als unversorgt registriert, kamen 103,1 Ausbildungsplätze. Und auch die „Erweiterte Angebots-Nachfrage-Relation“, in die als Nachfrager auch Jugendliche eingerechnet werden, die eine Alternative zur dualen Ausbildung begonnen haben, aber weiterhin eine Vermittlung in Ausbildung wünschen, hatte sich von 88,5 im Berichtsjahr 2009/2010 auf 92,7 im Berichtsjahr 2010/2011 verbessert (BMBF 2012: 10-13).

Eine Gegenüberstellung von unbesetzten Ausbildungsplätzen und unvermittelten Bewerberinnen und Bewerbern im September 2011 ergibt ein nach Berufsbereichen differenziertes Bild: Mehr als einen Ausbildungsplatz pro Bewerber/in gab es in den Ernährungs-, Körperpflege-, Gästebetreuer-, Hauswirtschafts- und Reinigungsberufen. Zwischen zwei und vier unversorgte Bewerber/innen pro unbesetzten Ausbildungsplatz gab es in den Metall-, Elektro-, Textil-, Leder- und Bekleidungsberufen, in den Bau- und Baunebenberufen, in Verkehrsberufen und für die Ausbildung von Waren- und Dienstleistungskaufleuten. Fünf und mehr Bewerber/innen pro unbesetzten Ausbildungsplatz gab es in den Bereichen „Übrige Fertigungsberufe“, technische Berufe, Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe, Sicherheits-, künstlerische, Sozial- und Erziehungsberufe (BIBB 2012: 62, Tabelle A1.3-10).

Nur für eine kleine Zahl von Berufen bzw. Berufsgruppen überstieg also das Platzangebot die Nachfrage. In den meisten Berufsbereichen fehlten deutlich Ausbildungsplätze. Die Berufswünsche der unversorgten Bewerber/innen und das Angebot unbesetzter Ausbildungsplätze klafften auseinander.

Eine populäre Erklärung für dieses Auseinanderklaffen ist eine „Fixierung der Bewerber/innen auf Modeberufe“. Gibt es auch qualitative Unterschiede zwischen Berufen, die Wahlpräferenzen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen erklären können?

Der 14. Kinder- und Jugendbericht behandelt als mögliche Indikatoren für solche qualitativen Unterschiede die folgenden Merkmale: die Dauer der Ausbildung, Zugangsvoraussetzungen (z.B. Schulabschlüsse), Merkmale von Ausbildungsverläufen (Auflösung von Ausbildungsverträgen und Prüfungserfolg in Abschlussprüfungen) und Erwerbsperspektiven (berufsspezifische Arbeitsmarktchancen und -risiken, Entlohnung).

2.1 Dauer der Ausbildung als Differenzierungsmerkmal

Von den rd. 350 anerkannten Ausbildungsberufen im Jahr 2011 betrug für rd. 300 Berufe die Dauer der Ausbildung drei bis dreieinhalb Jahre. Für 37 Berufe, lag die reguläre Ausbildungsdauer bei zwei Jahren, für zwei weitere Berufe bei 18 Monaten (BIBB 2012: 92, Abbildung A4.1.2-2). „Für die überwiegende Zahl der Ausbildungsberufe gilt also eine Ausbildungsdauer von mindestens 36 Monaten“ (14. Kinder- und Jugendbericht 2013: 192).

Insofern stellen Ausbildungsgänge von nur zweijähriger Dauer im *dualen System* einen Sonderfall dar. Die Zahl dieser Ausbildungsgänge wurde von 2002 bis 2011 von 33 auf 39 erhöht (BIBB 2012: 92, Abbildung A4.1.2-2). 19 dieser Ausbildungsberufe wurden neu geschaffen oder modernisiert, um die Ausbildungschancen für Jugendliche mit schlechten Bildungsvoraussetzungen zu verbessern (BMBF 2012: 24). Die Logik der Ausweitung der Ausbildung in zweijährigen Ausbildungsgängen lautete, dass deren theoriegemindertes und engeres inhaltliches Profil eine kürzere Ausbildungsdauer ermögliche, was dem geringeren Durchhaltevermögen und

den kognitiven Möglichkeiten von Jugendlichen mit ungünstigen Bildungsvoraussetzungen entgegenkomme. Von 2002 bis 2010 hat sich der Anteil dieser Ausbildungsgänge an der Gesamtzahl neu abgeschlossener Ausbildungsverträge von rd. fünf Prozent auf knapp zehn Prozent verdoppelt (BIBB 2012: 135).

Zwar kann nach § 5 Abs. 1 Nr. 4 BBiG (Berufsbildungsgesetz) „eine abgeschlossene Berufsausbildung, die 18 bis 24 Monate dauert, in einem in der Ausbildungsordnung festgelegten Beruf fortgesetzt werden“ (BIBB 2012: 91). Das Bundesinstitut für Berufsbildung schätzt allerdings für 2010 den Anteil zweijähriger Ausbildungsverhältnisse, die in einem drei- oder mehrjährigen Ausbildungsgang fortgesetzt wurden, auf lediglich 27% (BIBB 2012: 136). „Die überwiegende Mehrheit der Absolventinnen und Absolventen zweijähriger Ausbildungsgänge nutzt also die theoretisch mögliche Durchlässigkeit nicht bzw. kann sie nicht nutzen“ (14. Kinder- und Jugendbericht: 192).

Überdurchschnittlich hoch ist der Anteil öffentlich finanzierter Ausbildungen bei den zweijährigen Ausbildungsgängen. Der Anteil öffentlich finanzierter Ausbildungen an den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen in zweijährigen Ausbildungsgängen lag im Jahr 2010 in Ostdeutschland bei über 50%, in Westdeutschland bei 13,5% (Uhly/Kroll/Krekel 2011: 12-14). Zweijährige Ausbildungsgänge stellen also – insbesondere in Ostdeutschland – einen wichtigen Baustein der mit öffentlichen Mitteln geförderten Qualifizierungspolitik dar.

Jugendliche mit maximal dem Hauptschulabschluss sind in den zweijährigen Ausbildungsberufen mit einem Anteil von 67% überrepräsentiert. Allerdings verfügten auch 32% (bei den jungen Frauen sogar 39%) der Auszubildenden in den zweijährigen Ausbildungsgängen über einen Mittleren Bildungsabschluss, hatten also durchaus gute Bildungsvoraussetzungen (Uhly/Kroll/Krekel 2011: 19).

2.2 Ausbildungsgänge für „Menschen mit Behinderungen“

Nicht in den bisher referierten Daten zu den zweijährigen Ausbildungsgängen enthalten sind von „Zuständigen Stellen“ speziell für „Menschen mit Behinderungen“ eingerichtete Ausbildungsgänge, für die im Jahr 2011 bundesweit 11.203 neue Ausbildungsverträge abgeschlossen wurden (BMBF 2012: 47). Das entsprach einem Anteil von 2,2% der Neuabschlüsse. Lt. Berufsbildungsgesetz soll eine Ausbildung in „Behindertenberufen“ nur dann stattfinden, wenn Merkmale der Behinderung eine Ausbildung in Regelberufen ausschließen. Insofern überraschen die unterschiedlich hohen Anteile, die diese Ausbildungsgänge an der Gesamtzahl neuer Ausbildungsverträge in den einzelnen Bundesländern haben: In Ostdeutschland war diese Quote mit 4,6% mehr als doppelt so hoch wie in Westdeutschland (1,8%) (BIBB 2012: 137). Ost-West-Unterschiede bilden sich auch auf Länderebene ab: Den niedrigsten Anteil an allen 2011 neu abgeschlossenen Ausbildungsberufen hatten „Behindertenberufe“ in Hamburg (0,5%), Bayern (1,2%), Niedersachsen (1,3%), Rheinland-Pfalz (1,5%) und Nordrhein-Westfalen (1,6%). Die höchsten Anteile hatten „Behindertenberufe“ in Mecklenburg-Vorpommern (5,9%), Brandenburg (5,6%), Thüringen (4,7%), Sachsen-Anhalt (4,5%) und Sachsen (4,4%) (BIBB 2012: 38, Tabelle A1.2-4).

Über Zielgruppen, Anforderungsprofile und Ausbildungsdauer für „Berufe für Menschen mit Behinderung“ geben weder der Berufsbildungsbericht 2012 (und der zugehörige BIBB-Datenreport) noch der 14. Kinder- und Jugendbericht oder der Nationale Bildungsbericht 2012 Auskunft. Nach Ergebnissen eines vom Deutschen Jugendinstitut (DJI) durchgeführten Schulabsolventen-Längsschnitts in Stuttgart mündeten insbesondere Absolventinnen und Absolventen von Förderschulen mit dem Profil „Lernförderung“ nach einem berufsvorbereitenden Zwischenschritt in eine „Behindertenausbildung“ ein. Diese unterschied sich von regulären Ausbildungsberufen durch geringere Theorieanteile, eine Verengung des inhaltlichen Profils und z.T. durch eine Verkürzung der Ausbildungsdauer (Gaupp/Geier 2011: 67-68).

Die Ergebnisse einer qualitativen Untersuchung des DJI zu den Wegen Jugendlicher in die „Behindertenausbildung“ können mit dem angehängten Bestellzettel kostenlos beim DJI angefordert werden:

Hofmann-Lun, I. (2011):

Förderschüler/innen im Übergang von der Schule ins Arbeitsleben.

Beruflich-soziale Integration durch gesonderte Förderung?

2.3 Segmentierung von Ausbildungsgängen nach Vorbildungsniveau

Obwohl es für die Ausbildungsberufe des dualen Systems formal keine Zugangsbeschränkungen nach Schulabschluss gibt, macht eine im Nationalen Bildungsbericht 2012 vorgenommene Aufschlüsselung von Ausbildungsberufen bzw. Berufsgruppen deren Segmentierung nach dem Niveau der zuvor erworbenen allgemein bildenden Abschlüsse sichtbar:

- Im obersten Segment der „Abiturientenberufe“ (insbesondere kaufmännische und Verwaltungsberufe in Industrie und Handel und Berufe in den neuen Medien) stellen Auszubildende mit Studienberechtigung einen Anteil von 62,9%, Auszubildende mit maximal dem Hauptschulabschluss haben einen Anteil von nur 4%.
- Im zweiten Segment (kaufmännische und Verwaltungsberufe, technische Berufe aber auch einzelne gewerbliche Berufe in Industrie und Handwerk) bilden Auszubildende mit Mittlerem Bildungsabschluss mit 58,5% die größte Gruppe, gefolgt von Studienberechtigten mit 26,3% und Auszubildenden mit maximal dem Hauptschulabschluss mit 15,4%.
- Im dritten Segment (etwa je zur Hälfte kaufmännische und gewerblich-technische Berufe in Betrieben des Handwerks) haben Personen mit Mittlerem Bildungsabschluss einen Anteil von gut der Hälfte der Auszubildenden, gut 10% haben die (Fach-) Hochschulreife, knapp 40% maximal den Hauptschulabschluss.
- Im vierten „unteren“ Segment (Berufe des Nahrungsmittelhandwerks, handwerkliche Berufe des Baugewerbes, Verkäuferinnen und Verkäufer und Friseurinnen und

Friseure) haben 5,6% der Auszubildenden keinen Schulabschluss, 59,9% den Hauptschulabschluss, 30% einen Mittleren Bildungsabschluss und immerhin noch 4,5% die (Fach-)Hochschulreife (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012: 111-112, Abbildung E3-2).

Der Nationale Bildungsbericht 2012 schließt aus diesen Befunden: „Das duale Berufsausbildungssystem ist bezogen auf Qualifikationsanforderungen in mehrere – zumindest in zwei – Niveauebenen differenziert. Die relativ stabile Segmentierung nach Vorbildungsniveau zeigt, dass der rechtlichen Zugangsfreiheit zur dualen Ausbildung in der Realität erhebliche Barrieren für die unteren Bildungsgruppen entgegenstehen“ (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012: 112).

2.4 Unterschiede zwischen Ausbildungsgängen nach Ausbildungsverläufen

Unterschiede zwischen Ausbildungsberufen im Hinblick auf Ausbildungsverläufe diskutiert der 14. Kinder- und Jugendbericht anhand der Merkmale *Ausbildungsabbrüche* und *Prüfungserfolg*. „Eine Übersicht des Datenreports 2012 des Bundesinstituts für Berufsbildung zu den Vertragsauflösungsquoten in den 20 am stärksten besetzten Ausbildungsberufen illustriert die große Varianz in den Auflösungsquoten zwischen Berufen: Das Spektrum für diese Berufe reicht von einer Auflösungsquote von unter 10% für Industriekaufleute bis zu fast 50% für den Ausbildungsberuf Koch/Köchin. (...) ... sie sind deutlich höher für ausländische (29,2%) als für deutsche Auszubildende (22,6%)“ (14. Kinder- und Jugendbericht 2013: 194).

Für die Auflösung von Ausbildungsverträgen gibt es eine Vielzahl von Gründen. Die beim Umfang der Vertragsauflösungen bestehenden großen Unterschiede zwischen den Berufen dürften auch auf berufsspezifische Ausbildungsbedingungen hinweisen. Notwendig sind Unterstützungsangebote, die verhindern, dass aus Passungsproblemen oder Konflikten zwischen Ausbildungsbetrieben und Auszubildenden Ausbildungsabbrüche resultieren. Das Instrument der „ausbildungsbegleitenden Hilfen“, das wichtige Funktionen bei der Aufarbeitung von Problemen bei der Bewältigung fachtheoretischer Anforderungen

der Ausbildung erfüllt, müsste stärker präventiv eingesetzt werden und auch bei aus anderen Faktoren resultierenden Abbruchrisiken greifen.

Von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern an Abschlussprüfungen im Jahr 2010 haben neun von zehn diese Prüfung bestanden. Die Quote bestandener Prüfungen ist in den Jahren zwischen 2000 und 2010 von 85% auf knapp 90% angestiegen. Überdurchschnittlich hohe Erfolgsquoten gab es 2010 im Öffentlichen Dienst (95%) und in den Freien Berufen (93%). Unterdurchschnittlich waren die Erfolgsquoten im Handwerk (85%) und in der Landwirtschaft (83%) (BIBB 2012: 190 Tabelle A4.8-2).

2.5 Arbeitsmarktergebnisse von Ausbildungsgängen

Der Nationale Bildungsbericht misst die „Arbeitsmarktergebnisse beruflicher Ausbildung“ an drei Indikatoren: dem *Erwerbsstatus nach Beendigung der Ausbildung*, der *Art der nach der Ausbildung ausgeübten Tätigkeit* und dem *Einkommen*: „Die hier geprüften drei zentralen Arbeitsmarktergebnisse stehen in vielen Berufen in einem inneren Zusammenhang, was zu positiven und negativen Kumulationen über die Merkmale hinweg und nicht zur Kompensation eines Nachteils durch einen Vorteil bei einem anderen Merkmal führt. Das Resultat ist eine relativ kompakte Privilegierungs- und Benachteiligungsstruktur der Berufe ...“ (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012: 120).

2.6 Zwischenfazit duales System

Das Zwischenfazit des 14. Kinder- und Jugendberichts zum *dualen System* lautet:

- „Innerhalb des dualen Systems gibt es zwischen Ausbildungsberufen große Unterschiede in Zugangsvoraussetzungen, Ausbildungsverläufen und an die Ausbildung anschließenden Erwerbsperspektiven.“
- Das duale System ist nach Zugangsvoraussetzungen segmentiert. Bewerberinnen und Bewerber mit maximal Hauptschulbildung haben kaum Zugänge in Berufe jenseits des unteren Segments des dualen Systems.

- Für eine Reihe von Berufen sind die Quoten von Vertragsauflösungen außerordentlich hoch. Folglich besteht ein hohes Risiko, dass aus Vertragsauflösungen Abbrüche der Berufsausbildung werden.
- Für einzelne Berufe gibt es nach Abschluss der Ausbildung ein überdurchschnittlich hohes Arbeitsmarktrisiko.
- Für viele Berufe besteht ein hohes Risiko, dass die nach der Ausbildung ausgeübte Tätigkeit nicht dem erlernten Beruf entspricht.
- Für eine Reihe von Berufen ist das nach Ausbildungsabschluss zu erzielende Einkommen sehr gering.
- Und schließlich: Diese Merkmale treffen bei einzelnen Gruppen von Jugendlichen bzw. jungen Erwachsenen und Berufen bzw. Berufsgruppen zusammen“ (14. Kinder- und Jugendbericht 2013: 195).

Die faktischen Zugangsbeschränkungen, mit denen junge Leute mit maximal dem Hauptschulabschluss im dualen System konfrontiert sind, erklären das Streben vieler Jugendlicher und ihrer Eltern nach höherwertigen allgemein bildenden Schulabschlüssen.

Dennoch sind viele Programme zur Verbesserung der Berufsorientierung noch immer so ausgerichtet, als ginge es nur darum, Absolventinnen und Absolventen von Hauptschulen möglichst schnell in eine betriebliche Ausbildung zu bringen. Ein Überblick über diese Programme kann mit dem angehängten Bestellzettel kostenlos beim DJI angefordert werden:

Mahl, F./Lippegaus-Grünau, P./Stolz, I.:
Berufsorientierung – Programme und Projekte von Bund und Ländern, Kommunen und Stiftungen im Überblick.
 Wissenschaftliche Texte 2/2010

Die hohen Anteile von Ausbildungsabsolventinnen und -absolventen, die nach der Ausbildung nicht im erlernten Beruf arbeiten bzw. arbeiten können, werfen Fragen nach der Anschlussfähigkeit zwischen *dualem System* und Arbeitsmarkt auf.

Selbst wenn die optimistische Annahme zutrifft, dass mit einem Rückgang der Bewerberzahlen die Nachfragemacht der Jugendlichen gestärkt wird (die, wie der Blick auf die

Zusammensetzung der nicht besetzten Ausbildungsplätze zeigt, sich eher gegen Ausbildungsberufe mit ungünstigen Erwerbsperspektiven entscheiden), so wird auch zukünftig in vielen Regionen die Marktsituation Jugendlichen mit maximal dem Hauptschulabschluss nur sehr eingeschränkte Wahlmöglichkeiten eröffnen. Deshalb, und auch weil berufsspezifische Bedarfsprognosen ohnehin schwierig sind, kommt der Frage der Qualität der Ausbildung und der Übertragbarkeit der in der Ausbildung erworbenen Kompetenzen eine große Bedeutung zu. Auch hier werden, vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und dem Ruf nach einer Verbesserung der Attraktivität der dualen Ausbildung, qualitative Verbesserungen angemahnt. Diese werden sich nicht von allein einstellen. Ein erster wichtiger Schritt ist, dass Qualitätsfragen diskutiert werden.

3. Schulberufssystem

Zum *Schulberufssystem* gehören:

- Ausbildungsgänge an beruflichen Schulen in (bundesweit einheitlich) nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) bzw. der Handwerksordnung (HwO) geregelten Ausbildungsberufen,
- Ausbildungsgänge in Berufen, für die die Ausbildung nach Landesrecht geregelt ist und
- Ausbildungen in Schulen des Gesundheitswesens.

3.1 Geschlechtsspezifische Segmentierung des Schulberufssystems

Charakteristisch für das *Schulberufssystem* sind ausgeprägte geschlechtsspezifische Segmentierungen seiner Ausbildungsgänge: Der Anteil junger Frauen an allen Berufsfachschulausbildungen nach BBiG/HwO betrug im Schuljahr 2010/2011 71% (BIBB 2012: 217, Tabelle A5.2-3), ihr Anteil an allen Berufsfachschulausbildungen außerhalb BBiG/HwO lag bei 67% (BIBB 2012: 217, Tabelle A5.1-3). Von den rd. 133.000 Schülerinnen und Schülern an den Schulen des Gesundheitswesens sind 78% junge Frauen (Bestandszahlen Schuljahr 2010/2011; BIBB 2012: 218).

Die Aufstellung zeigt erstens die starke Überrepräsentation von Frauen im *Schulberufssystem* insgesamt. Sie belegt zweitens auch stereotype Verteilungen der Geschlechter auf einzelne Berufsgruppen und Berufe: In erzieherischen, sozialen, hauswirtschaftlichen, Textil-, Gesundheits- und Pflegeberufen liegen die Frauenanteile zwischen 77% und 93%. In kaufmännischen Berufen sind beide Geschlechter vertreten, wobei die Frauen relativ hohe Anteile einnehmen. In technischen und informationstechnischen Berufen (Ausnahme: Gestaltungstechnik, Screen-Design) liegen die Frauenanteile zwischen 4% und 17%.

Die vom Statistischen Bundesamt 2010 und 2011 (Fachserie 11, Reihe 2) publizierten Zahlen zu den Absolventinnen und Absolventen von Berufsfachschulen unterscheiden Schulen in *öffentlicher* und *privater* Trägerschaft. Beim Besuch von Schulen in privater Trägerschaft, die in einzelnen Ausbildungsrichtungen mit hohen Anteilen vertreten sind, fallen in der Regel Schulgebühren an. Zu daraus resultierenden finanziellen Belastungen (und möglichen Unterschieden zwischen den Geschlechtern) sind keine Informationen auffindbar.

3.2 Entwicklung des Schulberufssystems nach Bereichen und Ländern

Der Anteil des *Schulberufssystems* an der Gesamtzahl der Neuzugänge in das Berufsausbildungssystem stieg von 14% im Jahr 2000 auf 19% im Jahr 2010 (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012: 277, Tabelle E1-1A). Die Entwicklung ist allerdings für die einzelnen Bereiche des *Schulberufssystems* unterschiedlich verlaufen: Zuwächse verzeichnete das *Schulberufssystem* insbesondere in Sozial-, Erziehungs- und Gesundheitsberufen. Rückgänge gab es bei Ausbildungsgängen, die auch betrieblich angeboten werden (Ausbildungsgänge nach BBiG/HwO) bzw. für die es betriebliche Ausbildungsberufe mit einem ähnlichen Profil gibt.

Die Aufschlüsselung der Neuzugänge ins *Schulberufssystem* nach Ländern für 2011 macht länder- bzw. ländergruppenspezifische Unterschiede in der Bedeutung seiner einzelnen Bereiche sichtbar:

- Vollqualifizierende Ausbildungsgänge nach BBiG/HwO haben in allen Ländern mit der Ausnahme Berlins nur eine relativ geringe Bedeutung.
- Differenzierter ist das Bild bei vollqualifizierenden Ausbildungsgängen außerhalb BBiG/HwO (und ohne Sozial-, Erziehungs- und Gesundheitsberufe). Keine Neuzugänge bzw. Neuzugänge bis zu einem Anteil von maximal einem Prozent gab es 2011 in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Thüringen. Etwas höhere Anteile gab es in Bayern, Hessen, Sachsen, Sachsen-Anhalt (5%), Hamburg (6%), Bremen (9%).
- Für Ausbildungsgänge an Berufsfachschulen in Sozial-, Erziehungs- und Gesundheitsberufen und an „Schulen des Gesundheitswesens“ betragen die Anteile an allen Neuzugängen in Ausbildung: in Bremen 11%, in allen übrigen alten Bundesländern und Berlin rd. 20% und in allen neuen Ländern annähernd 35% (BIBB 2012: 226, Tabelle A6.2-2).

3.3 Kompensiert das Schulberufssystem Schwächen des dualen Systems?

Insgesamt liegen in den neuen Ländern die Anteile vollqualifizierender berufsschulischer Bildungsgänge an allen Einmündungen in Ausbildung deutlich höher als in den alten Ländern. Ansonsten lassen die Unterschiede zwischen den Ländern kein klares Muster erkennen: Für eine systematische Kompensation fehlender betrieblicher Ausbildungsplätze durch Angebote des *Schulberufssystems* sprechen zwar die Spitzenreiterrollen der Stadtstaaten Berlin (bei Ausbildungsgängen nach BBiG/HwO) und Bremen (bei berufsschulischen Ausbildungsgängen außerhalb BBiG/HwO). Allerdings: Nordrhein-Westfalen mit seiner ungünstigen Angebots-Nachfrage-Relation nutzt Ausbildungsgänge im *Schulberufssystem* nicht stärker als Bayern mit seiner überdurchschnittlich guten Angebots-Nachfrage-Relation für betriebliche Ausbildungsplätze.

Der 14. Kinder- und Jugendbericht fragt, ob das *Schulberufssystem* systematisch genutzt wird, um schlechte Zugangschancen bildungsbenachteiligter Jugendlicher ins *duale System* zu kompensieren. Die Antwort ist eher skeptisch: „Das Schulberufssystem ist

..., was Qualifizierungsmöglichkeiten für bildungsbenachteiligte Jugendliche betrifft, noch deutlich selektiver als das duale System“ (14. Kinder- und Jugendbericht 2013: 196).

3.4 Zwischenfazit Schulberufssystem

Auffallend ist das tendenzielle Desinteresse von (Berufs-)Bildungsberichterstattung und -forschung am *Schulberufssystem*.

Der 14. Kinder- und Jugendbericht macht darauf aufmerksam, dass das *Schulberufssystem* in der bundesweiten Bildungsberichterstattung – das gilt für die Nationalen Bildungsberichte wie für die Berufsbildungsberichte – trotz seiner quantitativen Bedeutung eher „stiefmütterlich“ behandelt wird: „Der Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2012 behandelt das *duale System* auf (mindestens) 126 Seiten, die „Ausbildung außerhalb des dualen Systems“ auf sieben Seiten (...). Im Nationalen Bildungsbericht 2012 finden sich zwar mehrere Abschnitte zum dualen System aber kein eigener Abschnitt zum Schulberufssystem. Dabei standen 2011 den rd. 525.000 Neueinmündungen ins duale System immerhin rd. 210.000 Einmündungen ins Schulberufssystem gegenüber“ (14. Kinder- und Jugendbericht 2013: 195).

Wir wissen daher wenig über die Wege Jugendlicher in unterschiedliche Ausbildungsgänge des *Schulberufssystems*, über Zugangsbarrieren und Hürden im Verlauf der Ausbildung (Ausbildungsabbrüche und ihre Konsequenzen, nicht bestandene Abschlussprüfungen). „Wichtig wären auch Untersuchungen zu geschlechtsspezifischen Segmentierungen dieser Ausbildungsgänge und zu Erfolgsbedingungen für eine Ausbildung von Jugendlichen mit maximal Hauptschulabschluss“ (14. Kinder- und Jugendbericht 2013: 196).

4. Chancenverbesserungssystem

Helga Krüger hatte 2004 in ihrer Expertise zu den konzeptionellen Grundlagen für die Behandlung der beruflichen Bildung im Nationalen Bildungsbericht statt vom *Übergangssystem* vom *Chancenverbesserungssystem* gesprochen und dieses wie folgt definiert: „Es umfasst Angebote zur Verbesserung des Allgemeinbildungsniveaus der Schüler/innen in Kombination mit Orientierung, Vorbereitung und/oder Teilqualifizierung, die dem Über-

gang in ... (das duale System und das Schulberufssystem) dienen ..., aber keinen Berufsabschluss anbieten“ (Krüger 2004: 145). Insbesondere der Nationale Bildungsbericht 2008, der Übergänge im Bildungssystem zum Schwerpunktthema hatte, zog eine kritische Bilanz zur Wirksamkeit des *Übergangssystems*: Angesichts des großen Umfangs der eingesetzten Mittel mangle es offenbar nicht an politischer Aufmerksamkeit für die Übergangsproblematik. Infrage stehe vielmehr die Effektivität der Maßnahmen: „Zwar gelingt es, der Hälfte der Teilnehmerinnen und Teilnehmer eine qualifizierende Ausbildungsperspektive zu vermitteln. Auf der anderen Seite steht der nicht erfolgreiche Teil derjenigen, für die aller Zeit- und Lernaufwand vergeblich bleibt“ (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008: 167-168).

Vor dem Hintergrund dieser Kritik mag eine Verwendung der Bezeichnung *Chancenverbesserungssystem* euphemistisch erscheinen. Allerdings: Eine pauschalisierende Gesamtbeurteilung dieses Sektors, wie sie in den Nationalen Bildungsberichten erfolgt, wird den heterogenen Funktionen und Leistungen der diesem Sektor zugeordneten Bildungsgänge nicht gerecht. Notwendig ist ein differenzierter Blick auf diese Bildungsgänge, deren Ziele und Wirkungsweisen. Dabei sind diese an ihrem Anspruch zu messen, mittels Berufsvorbereitung, einer beruflichen Grundbildung oder einem Erwerb von höherwertigen allgemein bildenden Abschlüssen, Chancen zu verbessern.

4.1 Funktionen und Ziele von unterschiedlichen Bildungsgängen des Chancenverbesserungssystems

In einem ersten Schritt geben wir einen kurzen Überblick über Funktionen und Ziele der verschiedenen diesem Sektor zugerechneten Bildungsgänge. Die Darstellung folgt der von den Nationalen Bildungsberichten vorgegebenen Kategorisierung von Bildungsgängen des *Übergangssystems*:

1. Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit (BvB-Maßnahmen)
2. Einstiegsqualifizierung (EQ)
3. Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln
4. Schulisches Berufsgrundbildungsjahr

5. Schulisches Berufsvorbereitungs-
jahr/einjährige Berufseinstiegsklassen
6. Berufsschulklassen für Schüler/innen ohne
Ausbildungsvertrag.

Zielgruppe *Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen* der Bundesagentur für Arbeit (BvB-Maßnahmen) sind junge Menschen bis zum 25. Lebensjahr die – unabhängig von der erreichten Schulbildung – „noch nicht über die erforderliche Ausbildungsreife oder Berufseignung verfügen (...) oder denen die Aufnahme einer Ausbildung wegen fehlender Übereinstimmung zwischen den Anforderungen des Ausbildungsmarktes und dem persönlichen Bewerberprofil nicht gelungen ist ...“ (Bundesagentur für Arbeit 2009: 2). Als Ziel von BvB-Maßnahmen wird die Eingliederung in Ausbildung angestrebt. „...wenn dieses Ziel nicht erreicht werden kann, (kann auch) die Aufnahme einer Beschäftigung (angestrebt werden)“. Die maximale individuelle Förderdauer beträgt in der Regel zehn Monate, kann aber in begründeten Fällen verlängert werden (BIBB 2012: 237). Im Zuge der „Neuorientierung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente“ besteht seit 2009 für Teilnehmer/innen ohne Schulabschluss ein Rechtsanspruch auf die Vorbereitung zum Nachholen eines Hauptschulabschlusses.

Das zweite wichtige Berufsvorbereitungsangebot der Bundesagentur für Arbeit, die *Einstiegsqualifizierung* (sie wurde ursprünglich in einem Sonderprogramm des Bundes eingeführt und 2007 in die Regelförderung des 3. Sozialgesetzbuches übernommen), „soll jungen Menschen mit erschwerten Vermittlungsperspektiven ein ‚Türöffner‘ in eine betriebliche Berufsausbildung sein“ (BIBB 2012: 237). Zielgruppen sind: „Ausbildungsbewerberinnen und -bewerber mit individuell eingeschränkten Vermittlungsperspektiven, die auch nach dem 30. September im Anschluss an die bundesweiten Nachvermittlungssaktionen ... keinen Ausbildungsplatz gefunden haben; Ausbildungssuchende, die noch nicht im vollen Umfang über die erforderliche Ausbildungsbefähigung verfügen; lernbeeinträchtigte und sozial benachteiligte Ausbildungssuchende“ (BA 2011: 3). Einstiegsqualifizierungen sind betriebliche Langzeitpraktika von mindesten sechs- und höchstens zwölfmonatiger Dauer, deren Inhalte sich

an den Inhalten anerkannter Ausbildungsberufe orientieren sollen. Eine Übernahme in Ausbildung „sollte vom Unternehmen angestrebt werden“ (BA 2011: 2-3).

Die Einstiegsqualifizierung gilt als Erfolgsmodell. Allerdings wurden schon frühzeitig als Kritikpunkte selektive Effekte einerseits beim Zugang in das Angebot, andererseits bei der Übernahme in Ausbildung genannt (Kühnlein/Klein 2005). Ob diese selektiven Effekte fortbestehen, oder ob die Einstiegsqualifizierung insbesondere auch für Jugendliche mit ungünstigen Bildungsvoraussetzungen ein ‚Türöffner‘ zur betrieblichen Berufsausbildung ist, darüber werden aktuelle und belastbare Informationen benötigt.

Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln, „haben das Ziel, Schülerinnen und Schüler in einen oder mehrere Berufe einzuführen (oder) ihnen einen Teil der Berufsausbildung (...) in einem oder mehreren Berufen zu vermitteln ...(. ..). Die Bildungsgänge dauern in Vollzeitform mindestens ein Jahr ...“ (Sekretariat der ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland 2007, Abschnitt 1.1.1). Nach einer Rahmenvereinbarung der Länder kann an Berufsfachschulen ein Mittlerer Bildungsabschluss erworben werden, indem über den erfolgreichen Abschluss des Bildungsganges hinaus eine Prüfung absolviert wird. Das Anspruchsniveau der Prüfung orientiert sich für die Fächer Deutsch, Fremdsprache und Mathematik an den von der Kultusministerkonferenz für den Mittleren Bildungsabschluss vereinbarten Standards. Die Abschlüsse werden zwischen den Ländern gegenseitig anerkannt (Sekretariat der ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland 2007, Abschnitte 2.1.4 und 2.2.4).

Ein erster Befund ist, dass es in der quantitativen Bedeutung der Berufsfachschulen sehr große Unterschiede zwischen den Ländern gibt. Deren Anteil an allen Neuzugängen in den *Übergangsbereich* betrug 2011 in Mecklenburg-Vorpommern 0%, in Bayern 1,6%, in Sachsen 2,8% und in Sachsen-Anhalt 9,8%. Relativ hohe Anteile an den Neuzugängen in den *Übergangsbereich* hatten Bildungsgänge an Berufsfachschulen dagegen in Baden-

Württemberg (75,0%), Niedersachsen (60,7%), Rheinland-Pfalz (56,9%), Schleswig-Holstein (47,1%), Bremen (45,3%), Hessen (35,9%), Hamburg (31,1%), in Thüringen (27,5%), im Saarland (21,6%) und in Nordrhein-Westfalen (18%) (BIBB 2012: 226, Tabelle A6.2-2).

Ein zweiter Befund ist, dass es auch zwischen Ländern, in denen Bildungsgänge an Berufsfachschulen (gemessen am Anteil an allen Einmündungen in den *Übergangsbereich*) eine relativ große Bedeutung haben, deutliche Unterschiede in der Zusammensetzung nach (den in der „Integrierten Ausbildungsberichterstattung“ definierten) Typen von Bildungsgängen gibt: In Bremen, Hamburg und Niedersachsen sind es (fast) ausschließlich Bildungsgänge, die einen allgemein bildenden Abschluss der Sekundarstufe I vermitteln. In Hessen, Nordrhein-Westfalen und im Saarland sind es (fast) ausschließlich Bildungsgänge, die eine anrechnungsfähige Berufsgrundbildung vermitteln. In Berlin und Thüringen sind es ausschließlich Bildungsgänge mit nicht-anrechnungsfähiger Berufsgrundbildung. Und nur in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sind zwei oder auch alle drei der genannten Typen von Bildungsgängen mit nennenswerten Anteilen vertreten. Die Länder schreiben also ihren Bildungsgängen an Berufsfachschulen sehr unterschiedliche Funktionen zu.

Zu den Wegen Jugendlicher durch Berufsfachschulen werfen die vorliegenden statistischen Daten eher Fragen auf, als dass sie Antworten liefern. Das sind erstens die Fragen, in welchem Umfang, mit welchen Hindernissen, mit welchen Erfolgsraten und mit welchen Anschlussmöglichkeiten Jugendliche diese Bildungsgänge nutzen, um durch Erwerb eines höherwertigen allgemein bildenden Abschlusses ihre Startbasis für den Übergang in Ausbildung zu verbessern. Das sind zweitens die Fragen nach den Effekten einer an Berufsfachschulen erworbenen beruflichen Grundbildung: In welchem Umfang findet die Anrechnung einer beruflichen Grundbildung auf eine anschließende Ausbildung statt? Welche Effekte hat der Erwerb einer beruflichen Grundbildung, wenn eine Anrechnung nicht stattfindet?

Evaluationsstudien, die zu solchen Fragen Informationen liefern könnten, fehlen.

Die Vermittlung einer beruflichen Grundbildung ist auch das Ziel des *schulischen Berufsgrundbildungsjahres* (BGJ). Ursprünglich sollte das BGJ eine Entspezialisierung der ersten Stufe der beruflichen Bildung bewirken, eine Verbreiterung der Basis, auf der in den anschließenden Ausbildungsjahren eine berufliche Fachausbildung aufbauen sollte. Auch der Anteil des BGJ an allen Neuzugängen zum *Übergangsbereich* variierte 2011 stark zwischen Ländern: Nur in vier Ländern waren die Anteilswerte für das BGJ noch relativ hoch: In Nordrhein-Westfalen (30%), im Saarland (29,4%), Bayern (15,5%), und in Sachsen-Anhalt (11,5%). Keine oder nur sehr geringe (Werte bis ein Prozent) Anteile an den Neuzugängen in den *Übergangsbereich* gab es in Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Thüringen (BIBB 2012: 226, Tabelle A6.2-2). Das BGJ, ursprünglich mit hohen Reformervwartungen verknüpft, ist in der Mehrzahl der Länder zum Auslaufmodell geworden.

Auch das schulische *Berufsvorbereitungsjahr* (BVJ) war ursprünglich ein Reformmodell: Die Zusammenfassung der Teilzeitschulpflicht für Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag zu einem Vollzeitschuljahr sollte eine konsistentere Vorbereitung auf eine reguläre Berufsausbildung ermöglichen.

Im Jahr 2000 traten 53.500 Jugendliche ins BVJ ein. 2005 waren es 71.439, bzw. 15% aller Eintritte ins *Übergangssystem*, und im Jahr 2011 waren es 38.967, bzw. 12% aller Eintritte (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012: 277, Tabelle E1-1A). Diese Zahlen deuten darauf hin, dass in den Jahren des größten Lehrstellenmangels das schulische Berufsvorbereitungsjahr eine wichtige Pufferfunktion hatte.

Bisher gibt es kaum vergleichende Analysen zu den verschiedenen berufsvorbereitenden Bildungsgängen. Der Bericht über eine vergleichende Evaluation solcher Bildungsgänge in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein kann kostenlos mit dem angehängten Bestellzettel beim DJI angefordert werden:

Kuhnke, R./Skrobanek, J. (2012):

Junge Menschen aus Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein in berufs- und ausbildungsvorbereitenden Angeboten. München/Halle: DJI

In *Berufsschulklassen für Schülerinnen und Schüler ohne Ausbildungsvertrag* werden Jugendliche beschult, die berufsschulpflichtig sind, sich in keinem Ausbildungsverhältnis befinden und auch keinen vollzeitschulischen Bildungsgang (wie zum Beispiel das BVJ) besuchen. Im Jahr 2000 wurden 26.317 Neuzugänge für diese Bildungsgänge gezählt. Bis 2007 hatte sich die Zahl auf 72.660 fast verdreifacht, wahrscheinlich zur Versorgung der angewachsenen Zahl erfolgloser Lehrstellenbewerber in dieser Zeit. Bis 2011 war die Zahl der Neuzugänge wieder auf 22.488 zurückgegangen (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012: 277, Tabelle E1-1A).

Auch der Anteil der Neuzugänge in diese Berufsschulklassen an allen Neuzugängen in den *Übergangsbereich* variierte 2011 stark zwischen den Ländern. Keine Einmündungen in solche Klassen gab es 2011 in Bayern, Berlin, Hamburg, Niedersachsen, dem Saarland, im Saarland, in Sachsen-Anhalt und in Thüringen. Relativ hohe Einmündungsquoten gab es in Hessen (18%), Nordrhein-Westfalen (12,2%) und Schleswig-Holstein (11,2%) (BIBB 2012: 226, Tabelle A6.2-2).

Für die beschriebenen Bildungsgänge des *Chancenverbesserungssystems* gibt es Unterschiede und Gemeinsamkeiten:

Berufsvorbereitende Bildungsgänge zielen auf den Erwerb der Voraussetzungen für die Aufnahme einer Ausbildung.

Weil der Hauptschulabschluss dafür eine faktische Mindestvoraussetzung darstellt, ist die (zunehmende) Ermöglichung des Erwerbs dieses Abschlusses in berufsvorbereitenden Bildungsgängen konsequent.

Der Erfolg von Berufsvorbereitung ist allerdings daran zu messen, ob es den Absolventinnen und Absolventen gelingt, anschließend eine Berufsausbildung zu beginnen. Ob dies der Fall ist, dazu fehlen für die Angebote der Bundesagentur für Arbeit und für die berufsvorbereitenden Bildungsgänge der beruflichen Schulen aktuelle und belastbare Daten.

Die Berufsgrundbildung hat die (vorweggenommene) Vermittlung von Ausbildungsinhalten eines Ausbildungsberufes oder eines „Berufsfeldes“ zum Inhalt. In welchem Umfang eine Anrechnung auf die anschließende Ausbildung erfolgt, dazu fehlen Informationen. Ob das der Berufsgrundbildung zugrunde liegende Reformkonzept einer Entspezialisierung und Verbreiterung des ersten Ausbildungsabschnitts noch eine Zukunft hat, ist im Moment nicht prognostizierbar.

Der Erwerb (höherwertiger) allgemein bildender Abschlüsse ist ein zentrales Ziel von Bildungsgängen an Berufsfachschulen. Auch für Wege durch Berufsfachschulen fehlen Informationen (Merkmale der Schüler/innen, Abbrüche, Erfolgsquoten bei Prüfungen), die eine Beurteilung ihrer Wirksamkeit in Richtung einer Chancenverbesserung ermöglichen würden.

4.2 Ergebnisse aus der BIBB-Übergangsstudie und dem DJI-Übergangspanel

Die beiden Längsschnittstudien, aus denen im Folgenden Ergebnisse vorgestellt werden, die *BIBB-Übergangsstudie* und das *DJI-Übergangspanel*, können das Fehlen bildungs- und länderspezifischer Studien zum *Chancenverbesserungssystem* nicht ausgleichen. Durch ihren Blick auf bestimmte Abfolgen von Bildungsschritten oder Stationen erlauben sie aber die Analyse von gelingenden und misslingenden Verläufen. Durch die Erhebung von Informationen zu Motiven, Bewertungen und Entscheidungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen werden diese als aktive Gestalter/innen ihrer Bildungs-, Ausbildungs- und Erwerbsbiografien erkennbar (vgl. 14. Kinder- und Jugendbericht 2013: 197-199).

Ergebnisse aus dem *DJI-Übergangspanel* werden ausführlicher in einer Expertise zum 14. Kinder- und Jugendbericht referiert:

Braun, F./Geier, B. (2013):

Übergangssystem: Tragfähigkeit und bildungspolitische Karriere eines Konzepts.

www.dji.de/bibs/Expertise-14-KJB-Braun.pdf

4.3 Zwischenfazit Chancenverbesserungssystem

Aus Sicht der Kommission zur Erstellung des 14. Kinder- und Jugendberichts beleuchten die Ergebnisse aus den beiden zitierten Längsschnittstudien wichtige Aspekte für das Verständnis des *Chancenverbesserungssystems*:

„Das sind einmal die Ziele und Motive von Jugendlichen. Jugendliche nutzen diese Bildungsgänge, um Zeit zu überbrücken, sich unmittelbar auf die Anforderungen einer Berufsausbildung vorzubereiten und/oder um höherwertige allgemein bildende Schulabschlüsse zu erwerben. Zum Teil handelt es sich dabei um Entscheidungen, die bereits vor dem Ende des Pflichtschulbesuchs gefallen sind. Zum Teil werden diese Entscheidungen erst nach Ende der Schulzeit getroffen. Zwischen einzelnen Bildungsgängen gibt es dabei deutliche Unterschiede: Insbesondere berufsvorbereitende Bildungsgänge sind aus Sicht der Jugendlichen eher Notlösungen. Die Teilnahme an Bildungsgängen der Berufsfachschulen (oder generell: Bildungsgängen, die den Erwerb eines Mittleren Schulabschlusses ermöglichen) entspricht dagegen eher längerfristig angelegten Wünschen und Plänen (...).

Weiterhin ist ein differenzierter Blick auf Verlaufsmuster geboten: Berufsvorbereitende Bildungsgänge eröffnen Wege zu qualifizierter Arbeit, wenn ein Übergang in Ausbildung ohne Brüche gelingt. Andererseits tragen Absolventinnen und Absolventen von berufsvorbereitenden Bildungsgängen dann ein hohes Risiko der langfristigen Ausbildungslosigkeit, wenn auch nach einer zweiten Berufsvorbereitung der Weg in Ausbildung verschlossen bleibt. An Berufsfachschulen verbessern insbesondere leistungsstarke Schüler/innen durch Investitionen in weitere Allgemeinbildung ihre Ausgangsvoraussetzungen für die Aufnahme einer Berufsausbildung (...).

Allerdings schließt sich bei einem Fünftel der Absolventinnen und Absolventen an den Besuch der Berufsfachschule ein zumindest vorübergehender, häufig auch dauerhafter, Ausstieg aus dem Bildungs- und Ausbildungssystem an. Für diese jungen Leute folgt auf den Besuch der Berufsfachschule der Weg in die Ausbildungslosigkeit.

Die vorgestellten Daten machen deutlich, dass die Bildungsgänge des *Chancenverbesserungssystems* einer differenzierten Betrachtung bedürfen. Angesichts der Vielfalt von Funktionen und Zielsetzungen sind pauschale Bewertungen des „Übergangssystems“ und die Bewertung seiner Wirksamkeit ausschließlich anhand der Zeiträume, in denen Übergänge in Ausbildung erfolgen, wenig hilfreich. Der Mangel an Evaluationsstudien und anderen Datenquellen, die der Differenziertheit des Systems gerecht werdende differenzierte Bewertungen ermöglichen würden (das gilt insbesondere für die Bildungsgänge an beruflichen Schulen), ist angesichts der quantitativen Bedeutung dieser Bildungsgänge und der von ihnen erwarteten Beiträge für das Gelingen von Übergängen in das Arbeits- und Erwachsenenleben irritierend.

Weil die Diskussion um das ‚Übergangssystem‘ die allgemein bildende Funktion von diesen zusätzlichen Bildungsgängen tendenziell ignoriert, besteht das Risiko, dass mit der ‚Abschaffung von Warteschleifen‘ ein Abbau von berufsschulischen Bildungsgängen einhergeht, die bisher auch jenen Jugendlichen die Chance auf den Erwerb eines Mittleren Bildungsabschlusses boten, denen diese Chance in den allgemein bildenden Schulen verwehrt blieb.

Ein blinder Abbau solcher Bildungsgänge würde bewährte Wege des Bildungsaufstiegs für Kinder aus bildungsfernen Familien verbauen“

(14. Kinder- und Jugendbericht 2013: 199).

5. Zentrale Empfehlungen des 14. Kinder- und Jugendberichts

Abschließend sollen hier zentrale Empfehlungen zitiert werden, die die Sachverständigenkommission zur Erstellung des 14. Kinder- und Jugendberichts mit Blick auf eine Verbesserung der Ausbildungschancen von im Bildungssystem benachteiligten Jugendlichen formuliert hat:

Zum *dualen System*:

- „Die Hürden für Jugendliche mit Migrationshintergrund beim Zugang zur betrieblichen Ausbildung sollten durch den Einsatz kulturfairer Auswahlverfahren verringert und Ausbildungserfolge sollten durch gezielte Sprachförderung gesichert werden.
- Ausbildungsabbrüche sollten durch Begleit- und Unterstützungsangebote verhindert werden.
- Jugendliche mit Behinderungen müssen, wie das Gesetz es vorschreibt, soweit möglich in regulären Ausbildungsgängen ausgebildet werden. Wenn notwendig, muss flankierende Unterstützung angeboten werden.
- Für Ausbildungsgänge von zweijähriger Dauer und engem inhaltlichen Profil muss die theoretisch gegebene Durchlässigkeit in drei bis dreieinhalbjährige Regelausbildungsgänge auch praktisch stattfinden. Das Prinzip, dass Jugendliche mit vermeintlichen oder tatsächlichen Defiziten in Ausbildungsgängen von kürzerer Dauer zu qualifizieren sind, gehört auf den Prüfstand.
- Um die Chancen von Ausbildungsabsolventinnen und -absolventen auf Arbeit im erlernten Beruf zu erhöhen, müssen sie Gelegenheit haben, das Erlernte praktisch einzusetzen. Hier helfen tarifliche Übernahmevereinbarungen. Wo diese nicht greifen, müssen Alternativen entwickelt werden.
- Und schließlich: Für junge Erwachsene, die den Regelzeitpunkt für die Aufnahme einer Ausbildung ‚verpasst‘ haben, müssen tragfähige Wege zum Erwerb von Ausbildungsabschlüssen geschaffen werden“ (14. Kinder- und Jugendbericht 2013: 411).

Zum *Schulberufssystem*:

- „Es müssen Schritte ergriffen werden zur Erhöhung der Übersichtlichkeit, Vergleichbarkeit und zur Herstellung von Transparenz zu den Ausbildungskosten für die Ausbildungsgänge des Schulberufssystems. Das ist nur von den Ländern gemeinsam zu leisten.
- Es werden mehr Informationen benötigt über die Bedingungen des Gelingens und Misslingens in Ausbildungsgängen des Schulberufssystems. Das ist eine Voraussetzung dafür, dass Verbesserungsbedarf und Verbesserungsmöglichkeiten erkannt werden.
- Das Schulberufssystem muss gezielt geöffnet werden für Jugendliche mit schlechten schulischen Voraussetzungen und für junge Zuwanderer“ (14. Kinder- und Jugendbericht 2013: 411-412).

Zum *Übergangssystem*:

- „Jugendlichen, die einen berufsvorbereitenden Bildungsgang erfolgreich abschließen, sollte ein Anschluss in Ausbildung garantiert werden. Wo es dafür kein auswahlfähiges betriebliches Angebot gibt, muss das Schulberufssystem die Einlösung dieser Garantie gewährleisten.
- Die allgemein bildende Funktion berufsfachschulischer Bildungsgänge muss explizit zur Kenntnis genommen werden. Die Verbindung von beruflichen und allgemein bildenden Inhalten muss in ihrem Potenzial zur Förderung auch bildungsbenachteiligter Jugendlicher genutzt werden. Durch eine systematische Karriereplanung müssen Anschlüsse – seien sie allgemein bildend, seien sie berufsbildend – gesichert werden“ (14. Kinder- und Jugendbericht 2013: 412).

Literatur

- 14. Kinder und Jugendbericht (2013):** Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012):** Bildung in Deutschland 2012. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010):** Bildung in Deutschland 2010. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008):** Bildung in Deutschland 2008. Bielefeld: W. Bertelsmann Verlag
- BA (Bundesagentur für Arbeit) (2011) (Hrsg.):** Betriebliche Einstiegsqualifizierung. Informationen für Arbeitgeber, www.arbeitsagentur.de/zentraler-Content/Veroeffentlichungen/Vermittlung/EQ-Arbeitgeber.pdf, Zugriff am 27.02.2012
- BA (Bundesagentur für Arbeit) (2009):** Fachkonzept für berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen nach §§ 61 und 61a SGB III, www.arbeitsagentur.de/zentraler-Content/HEGA-Internet/A05-Berufli-Qualifizierung/Publikation/HEGA-11-2009-VA-Erg-BvB-Fachkonzept-Anlage-2.pdf, Zugriff am 20.02.2012
- Bertelsmann Stiftung (2011) (Hrsg.):** Übergänge mit System. Rahmenkonzeption für eine Neuordnung des Übergangs von der Schule in den Beruf. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung
- BIBB (Bundesinstitut für Berufsbildung) (2012):** Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2012. Bonn: BIBB, Vorversion Stand 27.04.2012
- BMBF (Bundesministerium für Bildung und Forschung) (2012):** Berufsbildungsbericht 2012. Bonn/Berlin: BMBF
- Gaupp, N./Geier, B. (2011):** Stuttgarter Haupt- und Förderschüler/innen auf dem Weg von der Schule in die Berufsausbildung. Bericht zur dritten Folgerhebung der Stuttgarter Schulabsolventenstudie. München/Halle: Deutsches Jugendinstitut
- Hofmann-Lun, I. (2011):** Förderschüler/innen im Übergang von der Schule ins Arbeitsleben. Beruflich-soziale Integration durch gesonderte Förderung? München: Deutsches Jugendinstitut
- Konsortium Bildungsberichterstattung (2006):** Bildung in Deutschland 2006. Bielefeld: Bertelsmann Verlag
- Krüger, H. (2004):** Zur Datenlage vollzeitschulischer Berufsbildung. In: Baethge, M. u.a. (Hrsg.): Expertisen zu den konzeptionellen Grundlagen für einen Nationalen Bildungsbericht – Berufliche Bildung und Weiterbildung/Lebenslanges Lernen. Berlin: Bundesministerium für Bildung und Forschung, S. 141-164
- Kühnlein, G./Klein, B. (2005):** Einstiegsqualifizierung für Jugendliche: Erste Erfahrungen in der Region Westfälisches Ruhrgebiet. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung, www.sfs-dortmund.de/odb/Repository/Publication/Doc%5C47%5Cergebnisse_kurzstudie_jugendliche_harz_iv.pdf, Zugriff am 09.07.2012
- Kuhnke, R./Skrobanek, J. (2012):** Junge Menschen aus Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein in berufs- und ausbildungsvorbereitenden Angeboten. Bericht zur Vergleichsuntersuchung von Teilnehmerinnen und Teilnehmern in den drei Angeboten: Berufs- und Ausbildungsvorbereitendes Jahr, Produktionsschule und Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen. München/Halle: Deutsches Jugendinstitut
- Lippegaus-Grünau, P./Mahl, F./Stolz, I. (2010):** Berufsorientierung – Programme und Projekte von Bund und Ländern, Kommunen und Stiftungen im Überblick. München/Halle: Deutsches Jugendinstitut, Wissenschaftliche Texte 2/2010
- Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen (2012):** Information zu Bildungsgängen: Berufsschule. In: Bildungsportal Nordrhein-Westfalen, www.berufsbildung.nrw.de/cms/informationen-zu-bildungsgaengen/berufsschule/, Zugriff am 29.02.12
- Sekretariat der ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland (2007):** Rahmenvereinbarung über die Berufsfachschulen. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 28.02.1997 i.d.F. vom 07.12.2007, www.kmk.org/fileadmin/veroeffentlichungen_beschluesse/1997/1997_02_28-RV-Berufsfachschulen.pdf, Zugriff am 20.02.2012
- Statistisches Bundesamt (2010):** Bildung und Kultur. Berufliche Schulen 2009/2010. Fachserie 11, Reihe 2, www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Fachveroeffentlichungen/BildungForschungKultur/Schulen/BeruflicheSchulen2110200107004,property=file.pdf, Zugriff am 29.02.2012
- Statistisches Bundesamt (2011):** Bildung und Kultur. Berufliche Schulen 2010/2011. Fachserie 11, Reihe 2, www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Fachveroeffentlichungen/BildungForschungKultur/Schulen/BeruflicheSchulen2110200117004,property=file.pdf, Zugriff am 29.02.2011
- Uhly, A./Kroll, S./Krekel, E. M. (2011):** Strukturen und Entwicklungen der zweijährigen Ausbildungsberufe des dualen Systems. Bonn: Bundesinstitut für Berufsbildung, Wissenschaftliche Diskussionspapiere 128

Bestellzettel

Alle Veröffentlichungen können kostenlos beim DJI in Halle angefordert werden:

Übergangsmanagement

- Hofmann-Lun, Irene/Rother, Jessica:
Sind MINT-Berufe zukunftsfruchtig auch für Hauptschülerinnen? Pädagogische Einflussmöglichkeiten auf die Erweiterung des Berufswahlspektrums. Deutsches Jugendinstitut München/Halle; Universität Hamburg. 2012, 68 S.
- Kuhnke, Ralf/Skrobanek, Jan:
Junge Menschen aus Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein in berufs- und ausbildungsvorbereitenden Angeboten. Bericht zur Vergleichsuntersuchung von Teilnehmerinnen und Teilnehmern in den drei Angeboten: Berufsvorbereitungs- bzw. Ausbildungsvorbereitendes Jahr, Produktionsschule und Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen. Deutsches Jugendinstitut München/Halle: 2011, 104 S.
- Mahl, Franciska/Reißig, Birgit/Tillman, Frank/Kuhnke, Ralf: Mittelschülerinnen und Mittelschüler auf dem Weg von der Schule ins Erwerbsleben. Abschlussbericht zur Leipziger Schulabsolventenstudie. Deutsches Jugendinstitut München/Halle. 2011, 71 S.
- Braun, Frank/Reißig, Birgit/Richter, Ulrike (Hrsg.): Regionales Übergangsmanagement Schule-Berufsausbildung: Handlungsempfehlungen der wissenschaftlichen Begleitung. Regionales Übergangsmanagement Bd.5, Deutsches Jugendinstitut München/Halle. 2011, 37 S.
- Reißig, Birgit/Schreiber, Elke (Hrsg.): Jugendliche mit Migrationshintergrund im Übergang Schule-Berufsausbildung. Arbeitshilfen für regionales Übergangsmanagement. Regionales Übergangsmanagement Bd.4, Deutsches Jugendinstitut München/Halle. 2011, 54 S.
- Braun, Frank/Reißig, Birgit (Hrsg.): Regionales Übergangsmanagement Schule-Berufsausbildung: Handlungsfelder und Erfolgsfaktoren. Regionales Übergangsmanagement Bd.3, Deutsches Jugendinstitut München/Halle. 2011, 81 S.
- Kuhnke, Ralf/Reißig, Birgit (Hrsg.): Regionales Übergangsmanagement Schule-Berufsausbildung: Schaffung einer Datenbasis zum Übergangsgeschehen. Regionales Übergangsmanagement Bd.1, Deutsches Jugendinstitut München/Halle. 2010, 51 S.
- Hofmann-Lun, Irene: Förderschüler/innen im Übergang von der Schule ins Arbeitsleben. Beruflich-soziale Integration durch gesonderte Förderung? München/Halle: DJI 2011, 151 S.
- Lippegaus-Grünau, Petra/Mahl, Franciska/ Stolz, Iris: Berufsorientierung - Programme und Projekte von Bund und Ländern, von Kommunen und Stiftungen im Überblick. München/Halle: DJI 2010, 130 S.
- Hofmann-Lun, Irene: ARBEITEN UND LERNEN in Schülerfirmen, Jugendhilfebetrieben und Produktionsschulen. München/Halle: DJI 2007, 47 S.

- Baas, M./Eulenberger, J./Geier, B./Kohlrausch, B./Lex, T./Richter, M.: "Kleben bleiben?" Der Übergang von Hauptschüler/innen in eine berufliche Ausbildung. Eine vergleichende Analyse von "Praxisklassen" in Bayern und "Berufsstarterklassen" in Niedersachsen. München/Halle: DJI 2011, 43 S.

Migration und Integration

- Skrobanek, Jan: Perceived discrimination and (re)ethnisation of young immigrants in school-to-work transition in Germany. München/Halle: DJI, Wissenschaftliche Texte 2/2009, 66 S.
- Skrobanek, Jan: Migrationsspezifische Disparitäten im Übergang von der Schule in den Beruf. München/Halle: DJI, Wissenschaftliche Texte 1/2009, 42 S.
- Kuhnke, Ralf/Schreiber, Elke: Zwischen Integration und Ausgrenzungsrisiken. Aussiedlerjugendliche im Übergang Schule-Beruf. München/Halle: DJI 2008, 100 S.
- Bednarz-Braun, Iris/ Bischoff, Ursula: Interkulturalität unter Auszubildenden im Betrieb. Eine Handreichung für die betriebliche Praxis. München/Halle: DJI 2006, 64 S.
- Cinar, Melihan/ Otremba, Katrin/ Stürzer, Monika/ Bruhns, Kirsten: Kinder-Migrationsreport. Ein Daten- und Forschungsüberblick zu Lebenslagen und Lebenswelten von Kindern mit Migrationshintergrund. DJI 2013, 399 S.

Schulmüdigkeit und Schulverweigerung

- Schreiber, Elke (Hrsg.): Chancen für Schulumüde. Reader zur Abschlussstagung des Netzwerks Prävention von Schulmüdigkeit und Schulverweigerung am Deutschen Jugendinstitut e.V. München/Halle: DJI 2006, 206 S.
- Fischer, Sonja: Schulmüdigkeit und Schulverweigerung. Eine annotierte Bibliografie für die Praxis. München/Halle: DJI, Dokumentation. Zweite aktualisierte Auflage 2005, 105 S.

Innovative Ansätze der Jugendsozialarbeit

- Datenbank PRAXIMO – Modul "Gender Mainstreaming". CD mit 39 innovativen Praxismodellen. München/Halle: DJI 2004
- Fördern und fordern: Jugendliche in Modellprojekten der Jugendsozialarbeit. München/Leipzig: DJI 2001, 121 S.
- Datenbanke PRAXIMO- Praxismodelle "Jugend in Arbeit". Neue Praxismodelle zur beruflichen und sozialen Integration von Jugendlichen. CD-Update, München/Leipzig: DJI 2001

Jugendliche an sozialen Brennpunkten und in strukturschwachen Regionen

- Gericke, Thomas/März, Anke: Jugendliche engagieren sich für ihre Region. Ergebnisse und Wirkungen der Bundesinitiative "wir ... hier und jetzt". München/Halle: DJI, 2005, 52 S.
- Marquardt, Editha: Evaluation von Qualifizierungsprojekten – Eine Untersuchung am Beispiel von Qualifizierungsbüros des FSTJ. Forschungsbericht. München/Halle: DJI, Arbeitspapier 2/2004, 60 S.

Deutsches Jugendinstitut e.V.
Außenstelle Halle
z.Hd. A. März
Franckeplatz 1, Haus 12/13
06110 Halle/Saale

**Neuerscheinung Mai 2013
aus dem Forschungsschwerpunkt "Übergänge im Jugendalter"**

(Die Broschüre kann kostenlos bei der DJI-Außenstelle Halle - Anschrift siehe oben -
oder per E-Mail bei maerz@dji.de, per Fax 0345/681 78 47 angefordert werden.)

Cinar, Melihan/ Otremba, Katrin/ Stürzer, Monika/ Bruhns, Kirsten:

Kinder-Migrationsreport.

Ein Daten- und Forschungsüberblick zu Lebenslagen und Lebenswelten
von Kindern mit Migrationshintergrund. 2013, 399 S.

Der DJI-Kinder-Migrationsreport stellt Daten zu Lebenslagen und Lebenswelten von unter 15-jährigen Kindern mit Migrationshintergrund zusammen. Diese beleuchten die Situation von Kindern mit familiärer Zuwanderungsgeschichte in der Familie, in der Kinderbetreuung und in der Schule und beschreiben ihre außerfamiliäre sowie außerschulische Freizeitgestaltung. Die Ergebnisse vermitteln einen Eindruck vom Aufwachen von Kindern mit Migrationshintergrund und geben im Vergleich zu Kindern ohne Migrationshintergrund Hinweise auf entwicklungs- und bildungsrelevante Potenziale und Benachteiligungen.

**Ich bitte um Zusendung der angekreuzten Publikationen aus dem DJI-Verlag
an folgende Adresse:**

Name, Vorname: _____

Institution: _____

Straße: _____

PLZ, Ort: _____

Telefon, Fax: _____

E-Mail: _____

Datum

Unterschrift